

## MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

### 65. Ministerrat

#### 28. Juni 2023

1. Schreiben des Präsidenten des Bundesrates vom 16. Juni 2023, mit dem die Petition Nr. 50 betreffend „Uran-Grenzwert bei Trinkwasser – Anpassung an EU-Richtlinie“ vorgelegt wird.
2. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich vom 20. Juni 2023, mit dem zehn Resolutionen der 9. Vollversammlung vom 23. Mai 2023 vorgelegt werden.
3. Schreiben des Österreichischen Städtebundes vom Juni d.J., mit dem eine Resolution vom 1. Juni 2023 betreffend „Kommunale Daseinsvorsorge in die Zukunft führen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Präsidialamtes der Stadt Graz vom 9. Juni 2023, mit dem ein Beschluss vom 25. Mai 2023 betreffend „Kindergrundsicherung“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Bürgermeisters von Bad Kreuzen vom 6. Juni 2023, mit dem eine Resolution betreffend „Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, die Insekten enthalten“ vorgelegt wird.
6. E 326-NR/XXVII.GP vom 14. Juni 2023 betreffend „Härtefall-Regelung bei einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld“ (Wortlaut siehe Beilage).
7. E 327-NR/XXVII.GP vom 14. Juni 2023 betreffend „Vorbereitende Maßnahmen für den EHDS“ (Wortlaut siehe Beilage).
8. E 327-NR/XXVII.GP vom 14. Juni 2023 betreffend „Geologische Auswertungen im Zuge der Baumaßnahmen für das AKW PAKS II“ (Wortlaut siehe Beilage).

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 14. Juni 2023**

### **betreffend Härtefall-Regelung beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld**

Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien werden aufgefordert, eine Regierungsvorlage vorzulegen, die entsprechend der Härtefall-Regelung beim pauschalierten Kinderbetreuungsgeld eine Härtefall-Regelung beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld vorzuseht.

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 14. Juni 2023**

### **betreffend Vorbereitende Maßnahmen für den EHDS**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Gesundheit, Pflege, Soziales und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, die vorhandenen gesetzlichen Grundlagen für die Erhebung, Sammlung und Nutzung von Gesundheitsdaten zu analysieren und einen Umsetzungsplan zu erstellen, wie Datenströme und Datengestaltungen vereinheitlicht werden können, um bundesweit abgestimmte Gesundheitsdatensysteme zu schaffen und so auf die Einführung des EHDS vorbereitet zu sein.

# Entschließung

## des Nationalrates vom 14. Juni 2023

### betreffend geologische Auswertungen im Zuge der Baumaßnahmen für das AKW PAKS II

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten und die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, werden ersucht, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen, politischen und diplomatischen Mitteln auf EU- und bilateraler Ebene für begleitende wissenschaftliche Untersuchungen während des Grubenaushubes für die neu zu errichtenden Atomkraftreaktoren am Standort Paks im Nachbarstaat Ungarn einzusetzen.